



Newsletter Serap Güler MdB



Krieg, Krise und Kommunikation

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Aufgrund der Sommerpause des Deutschen Bundestages sind in dieser Ausgabe die Monate Juni und Juli zusammengefasst und die nächste Ausgabe erscheint erst wieder Anfang September. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien schöne Sommerwochen und einen hoffentlich erholsamen Urlaub.

Für Fragen oder Anliegen stehe ich dennoch jederzeit unter serap.gueler@bundestag.de zur Verfügung.

Herzliche Grüße,

AUS RESPEKT FÜR DICH. MIT KOMPETENZ FÜR DEUTSCHLAND

Wie der Titel, so lautete auch das Wahlkampf-motto unseres Bundeskanzlers während des Bundestagswahlkampfes 2021. Daran müssen er und die gesamte Regierung sich nun messen lassen. Was "Respekt" für den Bundeskanzler, bedeutet haben wir kürzlich während einer Pressekonferenz zum G7 Gipfel erleben können. Statt wie sonst auf die Fragen der Journalisten mit einem langen Redeschwall ohne Inhalt zu antworten, beantwortete er die Frage diesmal einfach gar nicht. Auf die berechtigte Frage der Journalistin, welche Sicherheitsgarantien die G7 der Ukraine in Zukunft auch nach dem Krieg konkret geben wollen, lautete die Antwort: "Ja. Könnte ich. Das wars."



Foto:

Das wars dann aber auch wirklich, nämlich mit dem "Respekt". Denn so darf man nicht mit Journalistinnen und Journalisten, die berechtigte Fragen stellen, umgehen. (Link zur Pressekonferenz: <https://www.youtube.com/watch?v=1NMM2tGbxZo>)

Insgesamt ist die Kommunikation der Bundesregierung immer verwirrender. So wird zum Beispiel die Lieferung des Schützenpanzers Marder und des Kampfpanzers Leopard I an die Ukraine mit Verweis auf einen angeblichen Beschluss der NATO-Verbündeten, keine modernen Panzer westlicher Bauart zu liefern, blockiert. Gleichzeitig liefern andere Partner Panzer westlicher Bauart oder fragen Deutschland

um Erlaubnis, um Systeme aus deutscher Produktion liefern zu können. Parallel dazu liefert auch Deutschland das System Gepard, welcher als Flugabwehrkanonenpanzer durch Bundeswehr und Industrie bezeichnet wird. Das alles gipfelte dann in der letzten Regierungsbefragung, in welcher die Verteidigungsministerin die These aufstellte, dass Deutschland keine Panzer liefern würde und der Gepard gar kein Panzer sei. (ab Minute 11:00 <https://www.youtube.com/watch?v=c1QBG-8fE9A>)

Wer da nicht mehr mitkommt, ist nicht alleine, denn auch ich wundere mich immer mehr über die Kommunikation unserer Regierung in Berlin.

Neues aus dem Bundestag

TEUERSPIRALE ENDLICH BEENDEN

Die Inflation ist auf dem höchsten Stand seit fast 50 Jahren. Im Mai lagen die Preise fast 8 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Neben der Preissteigerung bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern des Alltags tragen vor allem die explodierenden Energiepreise dazu wesentlich bei. Die Heizölpreise haben sich im Vergleich zum Mai 2021 fast verdoppelt, der Gaspreis ist um mehr als die Hälfte gestiegen.



Die Preissteigerung hat sich zum wichtigsten Alltagsproblem für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt. Sie entwertet Einkommen und Renten und verringert das Sparvermögen der Menschen in Deutschland. Was die Regierung gegen die Inflation vorlegt, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung sind Stückwerk und erreichen die Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend. Wir brauchen jetzt eine wirksame Initiative gegen die Inflation, um einen dauerhaften Vermögens- und Wohlstandsverlust zu verhindern und eine Verschärfung der Inflations- und Schuldenkrise abzuwenden. Dazu zählt, dass die Bundesregierung ihre ausufernde Verschuldungspolitik beenden muss. Das Leben auf Kredit befeuert immer weiter die aktuelle Inflationsentwicklung in Deutschland.

Mit unserem Antrag "Teuerspirale beenden - Bürgerinnen und Bürger schnell und wirksam entlasten" richten wir konkrete Forderungen an die Bundesregierung: So muss die Energiepreispause auch Rentnerinnen und Rentnern, Versorgungsempfängern, Studierenden sowie Beziehern von Lohnersatzleistungen wie jungen Eltern zugutekommen. Die sog. kalte Progression muss kurzfristig, vollständig und rückwirkend ausgeglichen werden. Die Stromsteuer sowie der Industriestrompreis müssen gesenkt werden. Wir brauchen mehr Transparenz und Entlastung bei den Energiepreisen, eine bessere Förderung für private Photovoltaik und ein Programm der Bundesregierung zur Reduzierung des Gasverbrauchs.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS AFGHANISTAN

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen setzen wir einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Evakuierungsmission aus Afghanistan und ihrer Vorgeschichte ein. Der Untersuchungsausschuss soll sich ein Gesamtbild verschaffen zu den Erkenntnissen, dem Entscheidungsverhalten



und dem Handeln der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr und weiterer NATO-Kräfte und Diplomaten sowie der Evakuierung von Menschen im Zusammenhang mit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im Zuge des Doha-Abkommens.

KINDERSCHUTZ VOR DATENSCHUTZ

Kindesmissbrauch ist eines der schlimmsten Verbrechen in unserer Gesellschaft. In den vergangenen Jahren und Monaten mussten wir immer wieder von neuen Verbrechen und Gruppen von Tätern erfahren. Gerade die in den letzten Monaten aufgedeckten Missbrauchsfälle



Foto: CDU/Christiane Lang

von Lügde, Münster, Staufen und zuletzt Wermelskirchen sind nur die "Spitze des Eisbergs". Die Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch sind laut Polizeilicher Kriminalstatistik im vergangenen Jahr um 6,3 Prozent auf über 15.000 Fälle gestiegen. Viele Opfer leiden unter den physischen und psychischen Folgen dieser Taten ein Leben lang. Dabei sind die Aussagen von Ermittlern eindeutig: Die temporäre Speicherung von IP-Adressen

ist notwendig und das mit Abstand wirksamste Instrument, um die Täter zu ermitteln. Denn vielfach ist die IP-Adresse - also jene Adressen, die Nutzer im Internet, beispielsweise beim Austausch von kinderpornografischem Material, hinterlassen - der einzige Ermittlungsansatz. Ohne diesen Ermittlungsansatz müssen Verfahren eingesetzt werden, die Täter können nicht ermittelt werden. Wir brauchen deshalb - zum Schutz der Kinder - klare Regeln für die Speicherung und Erhebung dieser Daten. Die Bundesregierung muss jetzt handeln.

Einen ersten Anstoß, welche Rechtsänderungen die Bundesregierung angehen sollte, geben wir mit unserem Antrag "Kinderschutz vor Datenschutz - Mit der Speicherung von IP-Adressen sexuellen Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen". So kommen wir in den kommenden Jahren zu einem besseren Schutz von Kindern und einer effektiven Verfolgung von Straftaten und Tätern. Den Antrag zum Nachlesen gibt es auf der Webseite der CDU/CSU-Fraktion oder unter folgendem Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002344.pdf>

CDU/CSU LEHNT WERBUNG FÜR ABTREIBUNG AB



Gegen die Stimmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde im Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Koalition die Abschaffung des §219a Strafgesetzbuch (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) beschlossen. Diese Abschaffung des Werbeverbots ist ein Fehler.

Wer Werbung für Schwangerschaftsabbrüche erlaubt, nimmt billigend in Kauf,

dass die Behandlung als normale medizinische Dienstleistung dargestellt und wahrgenommen wird. Aber das ist sie nicht! Dass diese Rechtsänderung mehr als nur eine parteipolitische Angelegenheit ist wird klar, wenn auffällt, dass gerade das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet hat, den Schutz des ungeborenen Lebens im öffentlichen Bewusstsein zu erhalten. Denn das ungeborene Kind besitzt Menschenwürde von Anfang an. Werbung steht dieser Aufgabe ganz offensichtlich entgegen. Mit der bestehenden Regelung des straffreien Schwangerschaftsabbruchs nach Beratung hatten wir in Deutschland einen guten Kompromiss, zu dem auch das Werbeverbot zählt. Niemand zweifelt das Recht der Frau auf das alleinige Entschei-

dungsrecht an, durch die Beratung wurde aber auch auf das ungeborene Kind hingewiesen und es werden Lösungen aufgezeigt, die ein Leben mit Kind ermöglichen können. Werbung passt nicht zu diesem fein austarierten Schutzkonzept.

Das Hauptargument der Ampel greift zudem ins Leere. Es gibt schlicht kein Informationsdefizit. Schon heute wird durch das Zusammenwirken von Beratung, individueller ärztlicher Aufklärung und den Informationen im Internet jede Frage zum Schwangerschaftsabbruch beantwortet. Mit einem eigenen Antrag haben wir darüber hinaus eine Möglichkeit aufgezeigt, wie man eine Ausweitung der Informationsmöglichkeiten für Ärzte ausweiten hätte können.

UNION SIEHT ZUKUNFT DER UKRAINE IN DER EU

Angesichts der aktuellen geopolitischen Verschiebungen und des russischen Angriffskriegs streben die Ukraine, aber auch die Republik Moldau und Georgien, mit noch größerer Entschlossenheit und Dringlichkeit Richtung EU. Es ist im strategischen Interesse der EU, diese Staaten engstens an Europa und unsere gemeinsame Werteordnung zu binden. Denn klar ist auch: Scheitert eine Anbindung an die EU, droht eine ganze Region in den russischen Einflussbereich zu fallen. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Stabilität Europas. Es gilt daher jetzt, den drei Ländern den Weg zur EU-Mitgliedschaft zu bereiten.



Das Beitrittsverfahren ist in den Verträgen der EU klar geregelt, und es hat sich bewährt. Wir wollen die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau aber dabei unterstützen, die

Beitrittskriterien zu erfüllen. Denn es ist in unserem Interesse, dass diese Staaten langfristig zu Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, gefestigten demokratischen Strukturen und Wohlstand gelangen.



Foto: CDU/Tobias Koch

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat sich klar im Bundestag für eine Zukunft der Ukraine in der Europäischen Union ausgesprochen. In den Jahren der Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft müsse die Ukraine schrittweise an die EU herangeführt werden, forderte Merz im Bundestag. Dass die Ukraine wie auch die Republik Moldau auf dem EU-Gipfel den Kandidatenstatus erhalten haben "ein wichtiges politisches Signal des europäischen Zusammenhalts", betonte Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu

den drei Gipfeltreffen von EU, G7 und NATO. Erneut warb Merz auch für eine konsequente Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkrieg gegen Russland. Die Nadelstiche Moskaus gegen Litauen bestätigten die Einschätzung der Unionsfraktion, dass Präsident Wladimir "Putin in der Ukraine gestoppt werden muss". Merz warnte auch vor einem drohenden Völkermord in der Ukraine. Deutschland stehe in der Verantwortung, einen solchen abzuwenden. In dem Zusammenhang begrüßte Merz die Tatsache, dass Bundeskanzler Olaf Scholz nach Monaten des Zögerns endlich Kiew besucht habe. Er habe die Hoffnung, dass die seit Wochen angekündigten Waffenlieferungen an die Ukraine endlich in Gang kämen.

Zufrieden zeigte er sich auch, dass die Regierung den Umfang der geplanten und vollzogenen Lieferungen nun veröffentliche. Ähnlich äußerte sich Jürgen Hardt, der gleichwohl bemängelte, dass Deutschland noch immer kaum schwere Waffen geliefert habe. Man könne Putin aber nur zum Einlenken bewegen, indem man einerseits die Sanktionen aufrechterhalte und andererseits die Ukraine befähige, sich zu wehren.

CHAOS AN DEN FLUGHÄFEN BESEITIGEN



Flug verpasst, Koffer verschwunden, Zug ausgefallen? Willkommen im deutschen Reisechaos 2022! Reisende zweifeln an kurzfristigen Umbuchungen, Flugstreichungen, verlorenem Gepäck und massiven Verspätungen. In den deutschen Urlaubsregionen, in Hotels und in der Gastronomie fehlen tausende Arbeits- und Fachkräfte. Manche Restaurants und Cafés an der Küste oder in den Bergen

müssen an mehreren Tagen der Woche schließen, weil sie schlicht kein Personal mehr finden. Und die Ampel-Koalition tut...nichts.

Nach mehr als zwei Jahren des corona-bedingten Verzichts freuen sich die Menschen auf einen unbeschwerten Urlaubssommer. Dieser Traum zerplatzt nun zwischen Koffern, Warteschlangen und in allgemein schlechter Vorausplanung. Doch was ist die Ursache für das Reisechaos 2022?

An allen Ecken und Enden fehlen Arbeitskräfte, vor allem gut ausgebildete Fachkräfte. Das betrifft nicht nur Fluggesellschaften, Hotels und Gaststätten. Insgesamt sind 1,74 Millionen offene Stellen gemeldet: in Gesundheit und Pflege, im

Sozial- und Bildungsbereich, im Handwerk und in IT-Betrieben, in der Metall und Elektroindustrie.

“An die Arbeit!”, rufen wir von der Unionsfraktion der Regierung deshalb zu. Mit einem Flugreise-Gipfel sollen alle Bundesminister, die mit Tourismus, Verkehr und Arbeit zu tun haben, in die Sommersitzung und einen Plan vorlegen, wie das Chaos beseitigt werden kann. Dreh- und Angelpunkt: Es müssen wieder genügend Menschen mehr eingestellt werden, damit es an den Flughäfen läuft. Beispielsweise können Jobcenter den Unternehmen bei der Einstellung von Arbeitskräften helfen. Zur Not können auch Lohnkostenzuschüsse bezahlt werden, um kurzfristige Anreize zu setzen.

ANTISEMITISMUSSKANDAL BEI DER DOCUMENTA AUFKLÄREN

Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Antisemitismusskandal bei der documenta transparent aufzuklären und endlich Konsequenzen zu ziehen. Dazu zählen insbesondere: Eine öffentliche Entschuldigung, vertrauensbildende Gespräche mit Vertretern der jüdischen Gemeinde in Deutschland sowie die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die Fehlplanungen sowie Fehlentscheidungen aufzeigt und Verantwortliche benennt. Wir werfen der Bundesregierung vor, dass sie durch Nachlässigkeit sehenden Auges zugelassen hat, dass aus einer der weltweit bedeutendsten Kunstausstellungen eine Bühne für antisemitistische Hetze wurde.



Massive Warnungen und Einwände im Vorfeld blieben folgenlos. Es steht der Vorwurf im Raum, dass von Seiten der (politischen) Verantwortlichen nur halbherzig auf Warnungen reagiert wurde.

NATO-BEITRITT SCHWEDENS UND FINNLANDS

Mit der Zustimmung des Bundestages zum Ratifizierungsgesetz zur Erweiterung der NATO durch Finnland und Schweden machen wir den Weg frei für deren Beitritt in das Verteidigungsbündnis. Als eines der ersten Länder geben wir damit grünes Licht für mehr Sicherheit in Europa.



Als direkte Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, haben Finnland und Schweden um die Aufnahme in die Nato gebeten, obwohl beide bislang immer als neutral galten. Putin hat mit seinem Angriffskrieg also genau das Gegenteil dessen erreicht, was er eigentlich wollte. Europa und der Westen stehen gemeinsam geschlossen gegen jegliche Aggression aus dem Osten und sind bereit, sich zu verteidigen. Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens wächst der europäische Teil der NATO und entlastet die USA, sowie stärkt die europäische Zusammenarbeit auf unserem Kontinent weiter.

ENQUETE-KOMMISSION ZUM EINSATZ IN AFGHANISTAN

Neben dem Untersuchungsausschuss wird es eine Enquete-Kommission geben, die sich mit “Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands” beschäftigen wird. Hier werde ich gemeinsam mit zwei Kollegen die CDU/CSU-Fraktion als Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses vertreten.



Hauptziel ist es, das gesamte deutsche Engagement in Afghanistan, also vom Einsatz der Bundeswehr, über die Entwicklungshilfe bis zu der polizeilichen Zusammenarbeit zu evaluieren und daraus Lehren für den vernetzten Ansatz zu ziehen. Für die Zukunft müssen wir entsprechend fraktionsübergreifend Lehren formulieren, wie wir die Politik des vernetzten Ansatzes effektiver und strategischer einsetzen können, um Konflikte zu verhindern, Krisen zu bewältigen, Terrorismus in der Welt effektiv zu bekämpfen und den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen zu fördern.

Krieg in der Ukraine

AKTUELLER STAND IN DER UKRAINE



In den vergangenen Wochen hat sich der Frontverlauf in der Ukraine nur wenig verändert. Mit der Konzentration Russlands auf den Donbass findet dort nun täglich unaufhörlicher Artilleriebeschuss durch die russischen Streitkräfte statt. Die russische Armee rückt mit Hilfe des Beschusses langsam immer weiter vor. Nach schweren und verlustreichen Kämpfen in Sjewjerodonezk haben die Russen auch

die Schwesterstadt Lyssytchansk erobert. Während in Sjewjerodonezk den Ukrainern noch eine Falle für russischen Streitkräfte gelang und diese sich jeden Kilometer mit schweren Verlusten erkämpfen mussten, musste Lyssytchansk frühzeitig geräumt und aufgegeben werden. Die Ukrainer haben sich weiter in Richtung Westen zurückgezogen und die Stadt im Osten des Landes aufgegeben, um die Truppen vor einer Einkesselung und der damit verbundenen Vernichtung zu bewahren.

Der Ukraine gelang es zuletzt immer wieder den russischen Streitkräften schwere Verluste zuzufügen. Besonders der Beschuss von Munitions-, Treibstoffdepots und Logistiklagern im Rückraum der

russischen Armee stellt diese vor immer größere Probleme. Daran zeigt sich, dass dort wo die Ukraine die neuen westlichen Artillerie Einheiten einsetzt, die russische Überlegenheit anfängt zu bröckeln. Besonders die Lieferung der 155mm Artillerie (polnische AHS Krab, französische CAESAR, deutsche PzH 2000) nimmt zunehmend Einfluss auf den Kriegsverlauf. Dadurch werden die Russen es immer schwerer haben, vorzurücken und weitere Landgewinne verbuchen zu können.

Besonders die Lieferung der deutschen PzH 2000 war ein wichtiger erster Schritt. Weitere Lieferungen von Material und Munition sind allerdings weiterhin wichtig. Da muss die Bundesregierung liefern.

WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE UKRAINE

Immer wieder sprechen wir über Waffenlieferungen westlicher Staaten für die Ukraine. Besonders die USA und die osteuropäischen Staaten, die an Russland grenzen, führen bisher die Liste der Lieferungen an. Was genau Deutschland liefert bzw. geliefert hat, war nicht immer klar. Nun hat die Bundesregierung eine erste Liste zum aktuellen Stand veröffentlicht. Die Liste reicht von schwerem Material, über Munition, Gefechtshelme, Bekleidung bis zu Treibstoff. Gerade bei nicht letaler Ausrüstung sind wir teils mit großen Zahlen vertreten. Was die eigentliche Bewaffnung in Form von Waffen und schwer gepanzerten Fahrzeugen angeht, sind die Zahlen nicht sehr überzeugend.

Selbstverständlich kann jede noch so kleine Lieferung von Material der Ukraine helfen. Deshalb ist die gelieferte Ausrüstung aus Deutschland auch nicht zu vernachlässigen. Besonders die Lieferung von Arzneimitteln und Ausstattung für Operationen, wie etwa das Feldlazarett, kann verletzten Soldatinnen und Soldaten in der Ukraine das Leben retten. Aber seit den anfänglichen Lieferungen von Panzer- und Flugabwehrwaffen, die aus der Hand abgeschossen werden können, wurde nicht mehr viel geliefert. Dabei fehlen besonders gepanzerte und geschützte Fahrzeuge im umkämpften Osten.

Anbei eine kleine Übersicht der bisherigen Lieferungen:

- 3.000 Patronen „Panzerfaust 3“
- 14.900 Panzerabwehrminen
- 500 Fliegerabwehrraketen STINGER
- 2.700 Fliegerfäuste STRELA
- 7 Panzerhaubitzen 2000
- 21,8 Millionen Schuss Munition
- 50 Bunkerfäuste
- 100 Maschinengewehre MG 3
- 100.000 Handgranaten
- 10.500 Schuss Artilleriemunition 155mm
- 10 Antidrohnenkanonen*
- 14 Drohnenabwehrsensoren
- 100 Auto-Injektoren
- 28.000 Gefechtshelme
- 15 Paletten Bekleidung
- 178 Kraftfahrzeuge (Lkw, Geländewagen)
- 12 Stromerzeuger
- 125 Doppelfernrohre
- 1.200 Krankenhausbetten
- 18 Paletten Sanitätsmaterial
- 10.000 Schlafsäcke
- 600 Schießbrillen
- 1 Feldlazarett
- 353 Nachtsichtbrillen
- 4 elektronische Drohnenabwehrgeräte
- 165 Ferngläser
- 38 Laserentfernungsmesser
- Kraftstoff Diesel und Benzin
- 10 Tonnen AdBlue

UKRAINE BRAUCHT MEHR PANZER

Deutschland hat in seinen Beständen und bei der Rüstungsindustrie zahlreiche Fahrzeuge vorrätig, die nun dringend in der Ukraine gebraucht werden. Besonders der Schützenpanzer Marder oder der Kampfpanzer Leopard I oder Leopard II sowie der Transportpanzer Fuchs wären Fahrzeuge, die den Soldatinnen und Soldaten in der Ukraine Schutz vor gegnerischem Beschuss liefern und gleichzeitig die Feuerkraft um ein Vielfaches erhöhen könnten.

So haben beispielsweise Teile der Industrie bereits mit der Modernisierung von eingelagerten Schützenpanzern begonnen und diese der Ukraine auch angeboten. Die Bundesregierung verweigert allerdings weiterhin den Export solcher Fahrzeuge. Stattdessen wird verzweifelt auf das Modell „Ringtausch“ gesetzt, bei dem Deutschland NATO-Partnern im Osten die alte Bundeswehr Ausrüstung liefert und diese Waffen aus der Sowjetzeit an die Ukraine liefert. Allerdings scheitern diese Modelle zunehmend, da sich auch hier die Bundesregierung nicht an Abmachung hält. So steht die Ukraine am Ende ohne Waffen da und kann sich im schlimmsten Fall nicht länger gegen die russische Aggression wehren.

Neues aus der Bundeswehr

BESUCH BEIM EINSATZFÜHRUNGSKOMMANDO



Foto: Bundeswehr/PIZ EinsFürKdoBw

Gemeinsam mit weiteren Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss habe ich das Einsatzführungskommando der Bundeswehr besuchen können.

Im Einsatzführungskommando werden grundsätzlich alle Einsätze der deutschen Bundeswehr geplant und geführt. Dieses hat seinen Sitz in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Schwielowsee bei Potsdam.

Im Sommer 2001 wurde das Kommando als zentrales Element der grundlegenden Erneuerung der Bundeswehr durch den Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, aufgestellt. Dieser Erneuerungsprozess dauert bis in die Gegenwart an. Er ermöglicht den Streitkräften die schnelle Anpassung an sich verändernde sicherheits- und militärpolitische Erfordernisse.

Das Einsatzführungskommando ist damit die operative Führungsebene der Bundeswehr und gibt als einzige Dienststelle nationale Weisungen an die Führerinnen und die Führer der Kontingente in den Einsatzgebieten. Die Dienststelle stellt so sicher, dass der Einsatz deutscher

Kräfte mandatskonform erfolgt und die Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland nicht verletzt. Der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr trägt gegenüber dem Generalinspekteur der Bundeswehr die Verantwortung für die Führung der ihm unterstellten Einsatzkräfte.

Nur wenige Wochen nach seiner Aufstellung am 1. Juli 2001 wurde das Einsatzführungskommando im Zuge der Terroranschläge des 11. Septembers vor seine erste große Herausforderung gestellt. Seitdem hat das Kommando den Einsatz in Afghanistan bis zum Ende vor einem Jahr begleitet.

HIGHTECH IM FLECKTARN

Als Berichterstatterin für den Bereich Cyber- und Informationsraum mache ich mir gerne ein persönliches Bild in den Ämtern und Kommandos, aber auch bei der Truppe vor Ort. Deshalb habe ich in der Heimat meines Kollegen Dr. Marlon Bröhr das Informationstechnikbataillon 282 in Kastellaun besucht.



Das Informationstechnikbataillon 282 ist eines von insgesamt sechs Informationstechnikbataillonen und dem Kommando Cyber- und Informationsraum in Bonn unterstellt. Der Verband sorgt mittels Funk, Satellitenkommunikation und dem mobilen Kommunikationssystem für eine reibungslose Kommunikation an der Basis im Inland und in den Einsatzgebieten der Bundeswehr. Mit seinen fünf leistungsstarken Einsatzkompanien sorgt das Informationstechnikbataillon 282 zuverlässig für die Führungsfähigkeit bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Im Inland unterstützen die Kastellauner Soldatinnen und Soldaten bei Naturkatastrophen und

besonders schweren Unglücksfällen sowie bei Übungsvorhaben. Die Soldatinnen und Soldaten sind aktiver Teil der Gesellschaft vor Ort und engagieren sich vielfältig.

Am Krieg in der Ukraine sehen wir aktuell sehr gut, wie wichtig das Thema Kommunikation im Ernstfall sein kann. Gerade zu Beginn konnten die ukrainischen Kräfte immer wieder dem russischen Angreifer schwere Verluste zufügen, da diese nicht geschützt kommuniziert haben. Der russische Technik Standard war teilweise so weit hinter der aktuellen Technik, dass die russischen Soldaten immer wieder ihre Befehle per Handy bekamen oder weitergaben. So konnten die Ukrainer leicht die gegnerische Kommunikation abhören und passend reagieren.

Deshalb ist das Informationstechnikbataillon 282 teilweise weltweit in Auslandseinsätzen dabei, indem es Personal dauerhaft abstellt und durch die Bereitstellung von Informations- und Kommunikationstechnik die Führungsfähigkeit der deutschen und alliierten Truppen gewährleistet. Eine sehr wichtige aber auch gefährliche Arbeit. Vielen Dank an BrigGen Mosmann, OTL Riedel und ihr Team in Kastellaun für den spannenden Besuch!

REDE ZU DEN HAUSHALTSBERATUNGEN

Am 1. Juni ging es im Bundestag um die Haushaltsberatungen für die Bundeswehr. In diesem Jahr ein besonders wichtiges Thema, weil dabei auch das 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr eine Rolle spielt. Ein wichtiger und richtiger Schritt, den manche SPD-Abgeordnete leider als "notwendiges Übel" beschrieben haben.

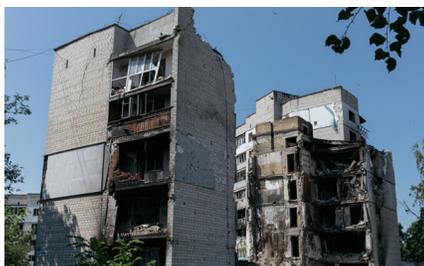


Foto: Laurence Chaperon

Scheinbar verstehen diese immer noch nicht, dass wir eine einsatzbereite, schlagkräftige und durchhaltefähige Truppe dringend brauchen, denn auch eine wirksame Abschreckung kann neben der Diplomatie Frieden bewahren und Krieg verhindern. Die komplette Rede kann man unter folgendem Link verfolgen: <https://bit.ly/3NESGpl>

Auf Reise: Mein Besuch in Kiew

Zusammen mit meiner Kollegin Kerstin Vieregge aus dem Verteidigungsausschuss und meinen beiden Kollegen Thomas Erndl & Knut Abraham aus dem Auswärtigen Ausschuss war ich in diesem Monat in Kiew. Wir haben als Abgeordnete in den letzten Wochen immer wieder Abgeordnete aus der Ukraine empfangen, die uns alle jedes Mal zu einem Gegenbesuch eingeladen haben - damit auch wir uns vor Ort ein Bild von der Lage machen und uns mit den Menschen austauschen können. Mit denen, die ihr Hab und Gut verloren haben, die in den zerstörten Ortschaften helfen oder anderweitig Verantwortung übernehmen. Aber auch, um mit den politisch Verantwortlichen vor Ort zu reden. Das haben wir getan.



Und: Diese willkürliche Gewalt, mit eigenen Augen zu sehen, die ganze Straßenzüge nichts weiter als Trümmerhaufen hinterlassen hat, die weder vor Wohnungen, Einfamilienhäusern, noch vor Schulen, Kindergärten oder medizinischen Einrichtungen Halt gemacht hat, ist erschreckend. Die Menschen in Kiew versuchen weitgehend ihrem Alltag nachzugehen. Man sieht früh morgens Menschen an Bushaltestellen, die zur Arbeit fahren oder Cafés und Geschäfte, die geöffnet sind. Man sieht eine lebendige Stadt. Und erst, wenn man sich mit Menschen unterhält oder in die Vororte fährt, spürt man die Angst und sieht die Zerstörung und den Krieg.

Wir haben in #Irpin eine Frau getroffen, deren Haus bombardiert wurde, die alles verloren hat, außer das, was sie am Leibe trug und mit ihrem blinden und im Rollstuhl sitzenden Mann heute vor den Trümmern ihres Lebens

steht. Sie war am weinen und schrie nach Hilfe, um diesen Alptraum zu stoppen. Das war wohl eine der bewegendsten Momente unserer Reise. Danke sehr an die Kollegin aus dem ukrainischen Parlament, Halyna Yanchenko, die uns bei diesen wichtigen Treffen begleitet hat!



Wir wurden auch von dem Parlamentspräsidenten Ruslan Stefanchuk, dem Premierminister Denys Schmyhal, dem Verteidigungsminister Oleksij Resnikow sowie einem der außenpolitischen Berater des Präsidenten Selensky empfangen. Alle, ausnahmslos alle unsere Gesprächspartner machten deutlich, wie sehr sie sich über den Kandidatenstatus für die Europäische Union freuen, bedankten sich ausdrücklich bei Deutschland dafür und schoben direkt hinterher: „Was aber JETZT am allerwichtigsten ist, sind Waffenlieferungen. Und zwar schnell. Wir sind bereit, unsere Städte, unser Land und die Grenzen der EU zu verteidigen. Seien Sie bereit, mehr und schneller zu liefern. Es geht um Menschenleben.“



Wir nehmen einiges mit aus Kiew nach Berlin. Es ging in unseren Gesprächen um viele Punkte, auch um weitere gemeinsame Schritte, die man durchaus noch machen kann. Aber diese Bitte, dieser Hilferuf wurde immer wieder unterstrichen.

Für all diese Menschen, die bereit sind, in ihrem Land auch unsere Werte zu verteidigen, ist es nichts als blanker Hohn, wenn sich bei uns Debatten darüber drehen, was ein Panzer ist oder was nicht, oder aber ihnen aus Deutschland Ratschläge gegeben wird, dass dieser Krieg ein schnelles Ende haben und deshalb an Verhandlungen gearbeitet werden muss. Hierzu gibt es die klare Meinung: Putin will nicht verhandeln, er will uns vernichten.



Es waren sehr bewegende und schwere Momente, viele wichtige Gespräche, viel Einigkeit und manchmal sogar Heiterkeit. Danke allen Teilnehmern, allen voran dem Kollegen Thomas Erndl MdB für die Initiative & Organisation dieser wichtigen Reise sowie all den Gesprächspartnern für ihre Offenheit und den Austausch!



Neues aus unserer CDU

JETZT FÄNGT DIE ARBEIT IN NRW ERST RICHTIG AN



Nach den Koalitionsverhandlungen und einem erfolgreichen Landesparteitag geht in NRW die Arbeit jetzt erst richtig los. Zum Glück ist auch wieder mein neuer Wahlkreisnachbar Herbert Reul als unser Innenminister dabei und wird auch in den kommenden fünf Jahren NRW gemeinsam mit der Polizei sicherer machen. Die erste schwarz-grüne Regierung in NRW

ist eine gute Mischung aus Erfahrung und neuen Gesichtern. Alle Verantwortlichen haben jetzt viele anstrengende Tage und Wochen vor sich, denn unser Koalitionsvertrag beziehungsweise Zukunftsvertrag, verspricht viel.

Der Vertrag ist ein guter Ausgleich zwischen beiden beteiligten Parteien und vor allem ein guter Leitplan für die kommenden fünf Jahre. Neben der Konzentration auf den Umwelt- und Klimaschutz in NRW ist vor allem die Bildungspolitik ein wichtiges Thema. Das erste Mal seit zehn Jahren besetzt die CDU wieder dieses wichtige Ministerium und stellt sich der Verantwortung. Denn nichts ist wichtiger als die Zukunftschancen unserer Kinder.

Besonders nach der schwierigen Corona-Zeit müssen wir vieles nachholen und aufbessern.

Aber auch die Konstanten sind für NRW sehr wichtig. Neben Herbert Reul sind das vor allem Karl Josef Laumann und Ina Scharrenbach, die wieder Verantwortung übernehmen und Ihre gute Arbeit der vergangenen fünf Jahre fortsetzen. Ein wichtiges Signal an unsere Gesundheitsversorger und unsere Kommunen. Mit Hendrik Wüst haben wir als unseren Ministerpräsidenten einen Kapitän, der schon gezeigt hat, dass er weiß, wie man eine Mannschaft zum Erfolg führen kann. Ich freue mich an dem Vertrag mitgewirkt zu haben und bin gespannt auf alles Kommende.

DEBATTE ÜBER DIE DIENSTPFLICHT

Als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine hat in Deutschland eine Debatte über eine Wiederbelebung der ausgesetzten Wehrpflicht begonnen. Aus meinen Gesprächen mit der Truppe und Experten weiß ich, dass sie einerseits keinen militärischen Nutzen hätte – im Gegenteil. Die Infrastruktur für die Ausbildung so vieler junger Menschen fehlt, das fängt schon bei Unterbringungsmöglichkeiten an. Außerdem bindet die Ausbildung von Wehrpflichtigen viel Personal und Zeit. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde die Bundeswehr heute also eher belasten, als dass sie wirklich wirkungsvoll wäre.

Die Debatte greift auch insgesamt zu kurz: Wir müssen gesamtgesellschaftlich resilienter werden. Allein mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht ist das nicht getan.

Was wir stattdessen brauchen, ist ein verpflichtendes soziales Gesellschaftsjahr für alle jungen Menschen, die ihren Schulabschluss in Deutschland machen – unabhängig von Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Schließlich gibt es auch eine Schulpflicht für alle, nicht nur für Deutsche. Die gleichen Regeln könnten für ein Gesellschaftsjahr gelten, das zum Beispiel bei Hilfsorganisationen, sozialen Diensten, im ökologischen Bereich oder eben in der Bundeswehr abgeleistet werden kann.

Ein solches Jahr brächte gleich mehrere Vorteile mit sich: In vielen Berufen, etwa dem Gesundheits- und Pflegewesen sowie in der Sozialpädagogik, herrscht in Deutschland ein extremer Fachkräftemangel. Natürlich wäre es ein Irrglauben, anzunehmen, dass diese strukturellen Probleme unmittelbar gelöst würden,

indem man unausgebildete Hilfskräfte einsetzt. Daneben sollten alle Männer und Frauen nach ihrem Schulabschluss die Möglichkeit haben, ihr Gesellschaftsjahr bei der Bundeswehr zu leisten. Hier müsste eine strikte Auswahl stattfinden, die sich an einem personellen Umfang orientieren muss, der für die Nachwuchsgewinnung militärisch sinnvoll ist. Konzepte dafür könnten die Truppe und das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr erarbeiten.

Vielleicht wird der eine oder die andere nach diesem Jahr die neu gelernten Bereiche so interessant finden, dass er sich eine Karriere im sozialen oder militärischen Bereich vorstellen kann – eine Win-win-Situation also.

Dazu auch ein passender Artikel in der FAZ: <https://bit.ly/3NUorHY>

Medien & Netzwerk

 www.serapgueler.de
 @serapgueler
 @sgueler
 @SerpGueler

Impressum

Herausgeber:

Serap Güler MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kontakt:

Mail:
serap.gueler.wk@bundestag.de

V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin